Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 46 (1954)

Heft: 11

Artikel: Die Streikbewegung in der Bundesrepublik Deutschland

Autor: Rosenberg, Ludwig

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-353663

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Streikbewegung in der Bundesrepublik Deutschland

Die Streikbewegung in der Bundesrepublik Deutschland hat in der Weltöffentlichkeit eine außerordentliche Beachtung gefunden. Deutschland, das Land des «Wirtschaftswunders», hat sich in der Vergangenheit durch eine in Lohn- und Gehaltsfragen sehr gemäßigte Politik der Gewerkschaften ausgezeichnet, und die Tatsache, daß in den letzten Monaten Forderungen der Gewerkschaften auf Lohn- und Gehaltserhöhungen in fast allen Berufszweigen gestellt wurden, hat zu einer Diskussion geführt, die weit über den Rahmen der üblichen Auseinandersetzungen über die Berechtigung solcher Forderungen hinausgeht.

Die in- und ausländische Presse hat sich in ausführlichen Artikeln sowohl in ihrem politischen als auch in ihrem wirtschaftlichen Teil mit dieser Entwicklung auseinandergesetzt und je nach politischer Tendenz die Forderungen und die Wünsche der Gewerkschaften beurteilt. Zur Ehre der ausländischen Presse muß gesagt werden, daß in den nichtdeutschen Zeitungen das Für und Wider der Berechtigung der Lohn- und Gehaltsforderungen der deutschen Gewerkschaften in einer Weise behandelt wurde, die der Bedeutung dieser Frage gerecht wird und die zumindest den Versuch macht, in sachlicher Form die Auswirkungen dieser Bewegungen abzuschätzen. Die deutsche Presse dagegen hat mit relativ wenigen rühmlichen Ausnahmen sich darin gefallen, auch aus diesem traditionell selbstverständlichen Begehren der Gewerkschaftsbewegung ein politisches Moment zu konstruieren, das je nach der politischen Einstellung der Zeitungen von milder Warnung bis zu wilder Drohung variiert wurde. Es ist typisch für die deutsche Situation, daß man im Zusammenhang mit der Frage der Lohnforderungen der Arbeitnehmerschaft angeblich ernsthaft die Frage des Streikrechtes überhaupt und die Forderung nach Zwangsschlichtung durch den Staat und ähnliche Fragen aufwarf, die in jenen Ländern, in denen die Demokratie nicht nur formale Verwaltungsform, sondern Lebensstil geworden ist, praktisch einfach indiskutabel sind. Daß sich dabei einige politische Redner sogar dazu verstiegen, wieder einmal zu behaupten, daß die Gewerkschaften aus rein politischem Machthunger auf dem Wege seien, Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in Gefahr zu bringen, sei nur am Rande erwähnt.

Die Lohn- und Gehaltsforderungen der Arbeitnehmerschaft in Westdeutschland, die – wenn sie überhaupt überraschen konnten – nur dadurch überraschend waren, daß sie *erst jetzt* erhoben wurden, waren durch die Entwicklung der vergangenen Jahre mehr als begründet. Und nicht zu Unrecht hat man im Ausland bereits seit langem Verwunderung darüber geäußert, daß die Arbeitnehmerschaft in Deutschland nicht ihren gerechten Anteil an dem sogenannten «deutschen Wunder» gefordert hatte. Es ist deshalb auch vollkommen

abwegig, wenn von seiten der Unternehmerschaft versucht wird, mit statistischem Material den Beweis dafür zu erbringen, daß sich die Löhne im Laufe der Jahre des Wiederaufbaus verbessert hätten. Selbstverständlich hat in Westdeutschland auch die Arbeitnehmerschaft an dem wirtschaftlichen Aufstieg, der letzten Endes nur durch ihre Enthaltsamkeit und Mitwirkung möglich war, einen *gewissen* Anteil genommen. Statistiken, mit denen man zu beweisen versuchte, daß deshalb irgendwelche Forderungen auf Erhöhung der Löhne und Gehälter unberechtigt wären, gehen bewußt an der Tatsache vorbei, daß die deutsche Wirtschaft in den letzten Jahren einen so unerhörten Aufschwung genommen hat, daß die Arbeitnehmerschaft mit Recht darauf Anspruch hat, an Stelle des bisherigen Verzichtes nun ihren *gerechten* Anteil am Sozialprodukt zu fordern. Es handelt sich ja nicht mehr darum, das Existenzminimum zu sichern, sondern darum, allen Teilen der Bevölkerung *den* Anteil am Sozialprodukt zuzugestehen, der ihnen *von Rechts wegen* zukommt.

Obwohl die Gewerkschaften diese statistischen Vergleiche nicht zu fürchten brauchen, berufen sie sich keineswegs auf sie. Sie berufen sich vielmehr auf die Tatsache, daß durch eine bewußte Enthaltsamkeit der Arbeitnehmerschaft in bezug auf Lohn- und Gehaltsforderungen erst das ermöglicht wurde, was man so gerne als das «deutsche Wunder» bezeichnet. Die Selbstinvestitionen, mit denen die deutsche Wirtschaft sich auf dem Wege der *Selbstfinanzierung* wieder aufbaute, waren und sind zu einem wesentlichen Teil tatsächlich *vorenthaltene Löhne* oder, besser gesagt, gerechte Löhne, auf die die Arbeitnehmerschaft und ihre Gewerkschaften *bewußt verzichteten,* um eben diesen Wiederaufbau zu ermöglichen. Die Zurückhaltung der deutschen Gewerkschaften in bezug auf derartige berechtigte Forderungen wird besser als durch Worte durch jene Zahlen erhärtet, die den Tabellen des Internationalen Arbeitsamtes entnommen sind und dartun, wie viele Arbeitstage in den großen Industrieländern auf je 1000 beschäftigte Arbeitnehmer im Bergbau, in der verarbeitenden Industrie, der Bauwirtschaft und im Verkehr durch Streiks verlorengingen.

	1950	1951	1952
Bundesrepublik Deutschland	25	99	21,5
England	78	123	130
Irland	765	942	1922
Australien	1451	598	812
Frankreich	1531	550	252
Belgien	1725	353	518
USA	1693	924	2408
Kanada	691	464	1133
Dänemark	5	6	6
Schweden	17	224	33
Norwegen	64	60	194
Holland	110	40	19
Finnland	8280	552	66

Die westdeutschen Zahlen sind auf Grund einwandfreier Statistiken von uns errechnet, während die anderen den Tabellen des Internationalen Arbeitsamtes entnommen sind. Dazu wäre noch ergänzend zu bemerken, daß im Jahre 1953 in der Bundesrepublik nicht ganz 1400 Betriebe mit 51 000 Arbeitern von kurzen Streiks betroffen wurden. Alle diese Zahlen beweisen, daß die Gewerkschaften der Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen Jahren eine Zurückhaltung in Lohnforderungen und Streiks geübt haben, die kaum in einem anderen Lande zu beobachten ist, mit Ausnahme von jenen Ländern, in denen durch eine echte demokratische Tradition und durch eine vernünftige Wirtschaftsführung die Forderungen der Arbeitnehmerschaft auch ohne Streiks ihre Anerkennung finden. Um so absurder ist die künstliche Erregung, die aus Anlaß der letzten Streiks in der Bundesrepublik große Teile der Oeffentlichkeit angeblich ergriffen hat.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat nach den geheiligten Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft der Bevölkerung immer wieder versprochen, daß eben diese Marktwirtschaft das geeignetste Mittel wäre, den Lebensstandard der Bevölkerung durch eine stetige Preissenkung zu erhöhen und daß dadurch praktisch Lohnerhöhungen, die – wie man behauptet – sich regelmäßig in Preiserhöhungen ausdrücken müßten, ungerechtfertigt und sogar gefährlich wären. Nun, es ist kein Geheimnis, daß die so oft angekündigten Preissenkungen in der Entwicklung der Wirtschaft nicht eingetreten sind. Wenn von der Unternehmerseite behauptet wird, daß im Jahre 1953 die Preise um 4 Prozent gefallen seien, so ist demgegenüber festzustellen, daß nach dem Preisindex für die Lebenshaltung – und wir berufen uns da auf Angaben des Statistischen Bundesamtes – dieser Index im Jahre 1950 bei 156 stand (1938 = 100), im Jahre 1952 vorübergehend auf 171 stieg, im Jahre 1953 bei 168 lag und bei diesem Stand sich auch heute noch hält. Dabei zeigt sich eine steigende Tendenz, so daß die Preise seit 1950 bis heute um rund 8 Prozent angestiegen sind, allerdings im Jahre 1952 noch um 2 Prozent höher lagen. Um diese 8 Prozent ist die angeblich gestiegene Lebenshaltung der Arbeitnehmerschaft also zweifellos hinter der Wirtschaftsentwicklung zurückgeblieben. Auch die Behauptungen, daß die Lebenshaltungskosten in den letzten Jahren gleich geblieben seien, sind unzutreffend. Zunächst ist dazu zu sagen, daß Lebenshaltungskosten als echter Wertmesser für die Löhne *nicht unbedingt brauchbar* sind. Sie sind keine feststehenden Größen und waren im Jahre 1850 ganz andere als im Jahre 1950 und 1954 ganz andere als im Jahre 1950. Aber selbst ein Vergleich der Lebenshaltung der westdeutschen Bevölkerung, die sich auf die Sozialproduktrechnung des Statistischen Bundesamtes stützt, ergibt folgendes Bild:

Der private Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung (1938 = 100 und in Preisen von 1936 berechnet) betrug im Jahre

1950	1951	1952	1953
78,7 %	83,8 %	89,8 %	erst 97,1 % von 1938

Damit hat die angebliche Reallohnerhöhung also noch nicht einmal ausgereicht, um den Lebensstandard von 1938 zu erreichen. Es wäre also nach dieser Berechnung richtig gewesen, daß bereits im Jahre 1950 das Niveau der Löhne hätte erreicht werden müssen, das man heute zu erreichen versucht. Erst dann könnte das Jahr 1950 als normales Indexjahr gelten.

Aber all diese Fragen sind, wie gesagt, nicht von der entscheidenden Bedeutung, die wir bereits eingangs dieser Darstellung dem gerechten Anteil am Sozialprodukt zumaßen.. Sie sollen hier nur erwähnt werden, da diese Fragen als Argumente gegen Lohnforderungen erhoben wurden. Deshalb dürfen wir auch hier noch einiges Zahlenmaterial erwähnen, das die deutsche Wirtschaftssituation beleuchtet. Nach der Statistik des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden enhielt die Lohntüte des Industriearbeiters (ohne Bergbau) im Jahre *1953* im Durchschnitt *77,87 DM, im Februar 1954* nach den letzten amtlichen Zahlen *77,05 DM*, also weniger als im Durchschnitt des Jahres 1953.

Dabei entfielen auf männliche Arbeitnehmer 87,19 DM bzw. 87,23 DM, auf weibliche Arbeitnehmer 51,69 DM bzw. 51,34 DM.

Das sind selbstverständlich Durchschnittszahlen, und es gibt Lohntüten, die mehr, aber auch solche, die weniger enthalten. Auf das Basisjahr 1938 umgerechnet, ergab sich demnach für das Jahr 1953 ein Index von 201,3 und für Februar 1954 ein solcher von 199,7. Die Preiserhöhungen, die an Stelle der Preissenkungen zweifellos eingetreten sind, äußern sich ebenfalls nach der Statistik des Bundesamtes in Wiesbaden wie folgt:

Eine vierköpfige Arbeiterfamilie mußte, um leben zu können, im Monatsdurchschnitt im März 1953 357,80 DM, im März 1954 387,26 DM verausgaben. Das ist mehr, als vier Lohntüten plus 3½ Tage ergeben, nämlich (siehe die Zahlen oben) 1953 349,41 DM, im Februar 1954 nur 346,72 DM.

Zur Preisfrage wäre ferner darzulegen, daß die Grundstoffpreise im Jahre 1953 bei einem Index von 251 standen, der sich bis Februar 1954 auf gleicher Höhe hielt und im Juni 1954 schon auf 254 gestiegen war. Grundstoffpreise umfassen Industriestoffe, Nahrungsmittel, Kohle, Eisen, Düngemittel, Wolle, Kautschuk usw.

Ebenso ist erwiesen, daß die Preise mindestens 50 Punkte vor den Löhnen voraus haben, und zwar jene Preise, über die die deutsche Unternehmerschaft vorwiegend das «deutsche Wunder» finanziert.

Es mag in diesem Zusammenhang ferner noch von Interesse sein, daß behauptet wird, der wachsende Anteil der Unselbständigen am Volkseinkommen (das Nettosozialprodukt zum Faktor Kosten) habe zu einem sinkenden Einkommen der Selbständigen geführt. Dazu werden folgende Prozentsätze angeführt:

Wachsender Anteil der Unselbständigen am Volkseinkommen

1951	1952	1953
60,8 %	62,5 %	63,3%

Sinkendes Einkommen der Selbständigen

1951	1952	1953
39,2 %	37,4 %	34,7 %

Diese Prozentrechnung ist *irreführend,* denn in absoluten Zahlen ausgedrückt, hatte das Einkommen der *Selbständigen* in diesen Jahren folgende Höhe:

1951	1952	1953
35,2 Milliarden DM	36,6 Milliarden DM	35,7 Milliarden DM

Es wurde also in all diesen Jahren von fast dem gleichen Personenkreis bezogen; dagegen mußten sich in die um 5 Prozent gestiegenen Einkommen der *Unselbständigen* eine um fast 10 Prozent gestiegene Zahl der Beschäftigten teilen.

Sogar das Statistische Bundesamt in Wiesbaden stellte an Hand dieser Tatsache fest, daß somit das Einkommen der Unselbständigen, auf den Kopf berechnet, geringer geworden ist.

Zur Abrundung dieser statistischen Betrachtung mag noch darauf hingewiesen werden, daß die Summe der Investitionen von 18,7 Milliarden DM im Jahre 1950 auf 29,6 Milliarden DM im Jahre 1953 gestiegen ist und daß sich in demselben Zeitraum die Vorräte der deutschen Wirtschaft von 28 Milliarden DM im Jahre 1950 auf 37,1 Milliarden DM im Jahre 1953 erhöhten.

Alle diese Zahlen *allein* würden genügen, um die Berechtigung der Lohnforderungen der Arbeitnehmerschaft eindeutig nachzuweisen. Aber, wie gesagt, werden diese Zahlen von den Gewerkschaften lediglich aufgeführt, um darzutun, in welch umfangreichem Maße in diesen Jahren des Wiederaufbaus die Arbeitnehmerschaft in Deutschland Zurückhaltung in ihren Forderungen zugunsten der Wirtschaft geübt hat. Die Forderungen, die jetzt erhoben wurden, sind also keineswegs Forderungen, die einer wirtschaftlichen Entwicklung *vorausgreifen,* sondern das Verlangen, der nunmehr weitgehend entwickelten Wirtschaft gegenüber *den Anteil nachzuholen,* auf den man bisher freiwillig verzichtete. Die Behauptungen der Unter-

nehmerseite, daß diese wahrlich bescheidenen Lohnerhöhungen zu einer Preissteigerung und Minderung der Konkurrenz führen müßten, werden durch die vorher gegebenen Zahlen widerlegt, und auch durch die Tatsache, daß die deutsche Wirtschaft in ihren Erträgnissen beweist, daß sie derartige Lohnerhöhungen in ihren Gewinnen ohne große Schwierigkeiten abzufangen in der Lage ist. Allerdings kann dies nicht geschehen, wenn man entgegen den Grundsätzen der Marktwirtschaft eine außerordentlich hohe Gewinnspanne sozusagen amtlich garantiert erhalten will. Ebensowenig ist es möglich, wenn man die Methode der fast ausschließlichen Selbstinvestierung bei Aufrechterhaltung der bestehenden Gewinnspannen unvermindert weiter betreiben will. Eine unter der Zwangslage der Verhältnisse entstandene außerordentliche und ungewöhnliche Wirtschaftsmethode kann selbstverständlich nicht für immer zum Maßstab wirtschaftlichen Denkens erhoben werden.

Auch das Argument, daß sich Lohnerhöhungen an die Produktivität anpassen müßten, schlägt in diesem Zusammenhang zugunsten der gewerkschaftlichen Forderungen aus. Die Bank deutscher Länder, die sich in einer Darlegung zur Lohnbewegung mit dieser Frage beschäftigte, stellte fest, daß – wenn man die Produktivitätssteigerung in der Industrie in den Jahren 1949 bis 1952 = 100 setzt – diese Kurve im Mai 1954 bei 121 stand, während nach ihren Darstellungen die Lohnkurve, mit 118 hinter der Produktivitätssteigerung zurückbleibt. Sie folgert daraus, daß Lohnerhöhungen vom Standpunkt der Wertbeständigkeit des Geldes und für das Preisgefüge ungefährlich seien, solange sie sich im gegebenen Rahmen hielten. Es sei denn, die erhöhte Produktivität der deutschen Wirtschaft käme in Form von Preissenkungen der Erhöhung des Reallohnes zugute. Dies aber ist nicht der Fall.

Es ist sicherlich reizvoller und journalistisch interessanter, die Fragen der Lohn- und Gehaltsbewegungen in Deutschland aus dem wirtschaftlich Nüchternen in das politisch Sentimentale zu verlegen. Hier gibt es ungeahnte Möglichkeiten, der Phantasie oder Böswilligkeit, der Neigung oder Abneigung unbeschränkt Raum zu geben. Hier ist die Chance gegeben, Probleme, mit denen man sich nicht ernsthaft auseinandersetzen möchte, in allgemeinen Andeutungen, Verdächtigungen und Drohungen untergehen zu lassen. Vielleicht liegt es daran, daß in der deutschen Oeffentlichkeit diese Methode so bevorzugt wird, daß man auf gewerkschaftliche Anliegen auch heute noch vielfach in der Weise reagiert wie der bekannte ostpreußische Junker Oldenburg-Januschau. Er sagte einmal im preußischen Herrenhaus bei der Behandlung sozialpolitischer Fragen: «Die ganze Richtung paßt mir nicht.» Und es ist sicher leider nur allzu wahr, daß auch heute noch sehr vielen in Deutschland «die ganze Richtung nicht paßt» und sie sich deshalb mit Berechtigung oder Unberechtigung von Forderungen, die aus dieser Richtung kommen,

erst gar nicht auseinandersetzen möchten. Wer aber weiß, daß der Bestand der deutschen Demokratie entscheidend davon abhängt, ob die Mehrzahl des Volkes – und das sind, wie die Statistik sie so schön nennt, «die unselbständig Tätigen» – diesen Staat und diese Wirtschaft bejaht und als das Ihre betrachtet, der wird mit einigem Befremden die Reaktion beachten, die die bescheidenen und verspäteten Forderungen der Gewerkschaften auf einen gerechteren Anteil am Sozialprodukt der von ihr im wesentlichen geschaffenen Wirtschaft ausgelöst haben.

Das Ergebnis der Arbeitskämpfe in Westdeutschland zeigt, daß etwa im Durchschnitt zwei Drittel der gewerkschaftlichen Forderungen erfüllt wurden. Es zeigt ferner an, daß auch in Zukunft die Gewerkschaften dieser traditionellen Aufgabe ihrer Arbeit größere Aufmerksamkeit widmen werden, als sie es bisher aus sehr verständlichen Gründen getan haben. Politisch aber beweist die um diese Fragen geführte Diskussion, daß die Kräfte, denen «die ganze Richtung nicht paßt», in Deutschland leider noch stärker sind, als es im Interesse unseres Volkes und der Welt wünschenswert wäre.

Ludwig Rosenberg

Wirtschafts- und Steuerpolitik

Grundsätze und Programm des DGB

Von Dr. *Victor Agartz*

Einer der Höhepunkte des deutschen Gewerkschaftskongresses, der vom 4.—9. Oktober 1954 in Frankfurt a. M. stattfand, war ohne jeden Zweifel das Referat des Kollegen Dr. Viktor Agartz, Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften. Wir veröffentlichen nachstehend eine gekürzte Fassung dieses Referats. Der Leser wird damit nicht nur aktuelle gewerkschaftliche Probleme der Deutschen Bundesrepublik kennenlernen, sondern auch frappiert sein von der Parallelität dieser Probleme zu den unsrigen und der in beiden Ländern weitgehend übereinstimmenden gewerkschaftlichen Stellungnahme. ***Redaktion «Gewerkschaftliche Rundschau».***

Der Münchener Gründungskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom Oktober 1949 befand sich bereits an einer Wende. Er stand zugleich am Anfang einer neuen Konsolidierung von politischen und wirtschaftlichen *restaurativen* Kräften.

Die Geldreform von 1948 hatte den Krieg in seiner innenpolitischen Verschuldung *einseitig* zu Lasten der Geldwertbesitzer, nämlich der Sparer und Rentner, liquidiert. Demgegenüber blieb der Sachwertbesitz unberührt. Im Gegenteil, er erfuhr jede nur denkbare Förde-